



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

58 (4.2.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332120](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332120)



A.C. Das Wachstum der Arbeiterorganisationen im Jahre 1907

hat sich seit der Mitgliederzunahme in Frage kommt, recht kräftig gehalten. Wenn auch die definitiven Ziffern für das ganze Jahr noch nicht vorliegen, so erhält doch schon aus einer Gegenüberstellung der Mitgliederziffern am Schlusse des vierten Quartals, daß die Zunahmen vielfach recht bedeutend waren. Es fehlt allerdings auch nicht an Abnahmen. Von größeren Verbänden mit einer Steigerung der Mitgliederzahl geben wir nachstehend die einschlägigen Ziffern. Es betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des vierten Quartals:

Table with 3 columns: Verband, 1906, 1907. Includes Metallarbeiter, ungelernete Fabrikarbeiter, Bergarbeiter, etc.

Die Mitgliederzahl dieser sechs Verbände hat sich um 72 263 Mitglieder oder um etwas über 10 pCt. erhöht. Diefen Zunahmen stehen aber auch Rückgänge gegenüber, die insgesamt freilich nicht so sehr ins Gewicht fallen. Wir führen hier nur einige wenige an. Es betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des vierten Quartals:

Table with 3 columns: Verband, 1906, 1907. Includes Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zentralverband der Schmieide, etc.

Die Mitgliederabnahme bei diesen sechs Verbänden beträgt 8 731 Köpfe oder rund 4,5 pCt. Die Rückgänge werden durch den Zuwachs an Mitgliedern, die andere kleinere Verbände zu verlieren hatten, mehr als ausgeglichen. Für insgesamt 28 Verbände mit vergleichbaren Zahlen betrug nämlich die Mitgliederziffer am Ende des vierten Quartals 1 178 921 im Jahre 1907 gegen 1 070 446 im Jahre 1906. Es hat also eine Zunahme von 108 475 Mitgliedern oder von mehr als 10 pCt. stattgefunden.

Deutsches Reich.

(Gegen die Vandrohlensteuer). 200 süddeutsche Tabakpflanzer und Arbeiter protestierten in einer Versammlung gegen die Vandrohlensteuer und forderten die progressive Einkommensteuer.

(Gegen die Ausdehnung des Koalitionsrechts) auf die Landarbeiter hat sich die Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen ausgesprochen. Ferner verlangt sie zur Bekämpfung des Vertragsbruchs Strafbestimmungen gegen schuldige Vermittler und Arbeitgeber und außerdem Konzessionspflichtigkeit des Stellenermittlungswezens. Endlich wird die Ausschließung der Landjugend von der Industriearbeit mindestens bis zum vollendeten 18. Lebensjahre dringend befürwortet.

Rundschau im Auslande.

Die Zustände und Kämpfe in der Umgebung von Mazagan.

Einem uns aus Mazagan, 20. Januar, zugegangenen Briefe entnehmen wir folgendes:

Der dieser Tage eingetroffene Dampfer Magnus hat etwa 180 bis 190 Askaris zur Verstärkung der hiesigen Garnison mitgebracht. Der bisherige Bestand der letzteren hat sich durch fortgesetzte Desertionen von 1300 allmählich auf etwa 800 Mann vermindert, so daß jetzt rund 1000 Mann zur Verfügung stehen. Mit einem Teil dieser Truppen denkt der Gouverneur Azemur für Mulay Abdel Aziz zurückzugewinnen, das von ungefähr 400 Mann Kasidischer Truppen verteidigt wird, 100 Mann alter Garnison, 200 Askaris Verstärkung von Maratsch und 100 Krieger aus Duffala. Ein weiterer Plan, der dem Gouverneur und der Regierung suggeriert wird, geht dahin, die benachbarten Mad Fordj mit Waffen, vielleicht auch mit Truppen zu unterstützen, damit sie sich der seit etwa einem Monat in ihrem Gebiet weilenden — und daselbst wesentlich zu Hilfe beitragenden — etwa 500 Mann starken Kasidischen Raballa zu entledigen suchen, die unter dem Oberbefehl eines Bruders des Kriegsministers Said Glani steht. Es ist bezeichnend, daß die Mad Fordj, die einzigen, von deren Raubereien und Gewalttätigkeiten die Stadt

Mazagan und die friedlicheren Mad Buazij in den letzten Jahren zu leiden gehabt haben, sich gegenwärtig der besondern Zuneigung der hiesigen, unter französischem Einfluß stehenden Regierung erfreuen. Bei der am 24. November d. J. unter dem Schutze der französischen Kreuzer stattfindenden Landung Kasidischer Truppen bildeten Mad Fordjleute, die notorischen Bedrücker der Stadt, am Hafen Spalier und ein Fordj funktioniert als Soldat des französischen Konsulats. Die französische seitdem geflüchteten verbreiteten Meldungen über Niederlagen Mulay Kasids durch die Sraghna und seine Muth in eine Saouja beruhen nach glaubhafter einheimischer Quelle auf Erfindung. Bei dem ersten Angriff, den die Sraghna tatsächlich gegen Mulay Kasid unternommen haben, soll auf des letzteren Seite nur ein Maultier getötet sein, während Mulay Kasid in der Folge seinerseits über die Sraghna hergefallen ist und ihnen schwere Verluste beigebracht hat. Er ist dabei mit großer Strenge verfahren, hat in den ersten Töfchern, die er überrumpelte, sogar Frauen und Kinder nicht verschont und durch diese Härte erreicht, daß ein Teil des Stammes sich ihm alsbald wieder unterwarf. Wenigen erbeuteter Waffen und Pferde sowie zahlreiche abgezeichnete Kisten und an 300 Gefangene sind nach Maratsch geschickt worden. Mulay Kasid weiß nach den letzten Nachrichten noch heute im Gebiet der Sraghna, um die Unterwerfung der noch unbotmäßiger Teilstämme zu erzwingen; im übrigen sind die Nachrichten von ihm in den letzten Tagen spärlich gewesen, was vielleicht in seinen Vorbereitungen zum bevorstehenden Fest seine Erklärung findet.

18. Generalversammlung des Partikulierschifferverbandes Ost- und Ostasien.

Küstrort, 2. Febr. Unter dem Vorsitze des Reichstagsabgeordneten Wassermaan wurde heute die Generalversammlung abgehalten. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verband sich im verflochtenen Jahre wieder erntlich mit der Durchführung der Frage der gesetzlichen Einführung der Sonntags- und Nachtruhe in der Binnenschifffahrt beschäftigt hat. Nachdem nun der Reichstag unter dem 16. April 1907 eine die Einführung der Sonntagsruhe befürwortende Resolution angenommen hat, auch vom Staatssekretär der Abt. für die Schiffahrt in Aussicht gestellt wurde, daß der Verband seine Petition zurückgezogen. Die Eingaben an die Ministerien von Baden, Bayern und Elb-Lothringen um Errichtung einer Rhein-Schiffahrtskommission für den Oberrhein Mannheim-Strasbourg dem. Basel ist leider bis heute noch unerledigt geblieben. Zur Frage der Breite der Röhre (Borogr. 32 und 37 der R.D.) wurde beschlossen, bei der Zentralkommission für die Rhein-Schiffahrt zu beantragen, daß die Breite der Röhre von 66 Meter bei 1 Meter und weniger Wasserstand Rainzer Regel sich auf der Strecke Radesheim-St. Goar nicht vermindern soll, daß bei 1 Meter Rainzer Regel ab Radesheim nur eine Floßbreite von 30 Meter gestattet sei, und daß erst von Goar ab wieder die gewöhnliche Breite der Röhre zugelassen wird. Die deutschen Vorschriften über die Besatzung der Schiffe sind schärfer als die holländischen. Namentlich gilt dies für die Strecke vom Duisburger Kanal zum Oberrhein. Beschlüssen wird zu beantragen, daß die Vorschriften über die Besatzung auf deutschen und holländischen Schiffen einheitlich gestaltet werden möchten. Gewünscht wird die gleiche Zahl wie auf den holländischen Schiffen. Da die Schiffe, wenn sie in den Privathäfen schon Hafengebühren entrichtet haben, beim Auffahren eines Kanals oder diesen gleichgestellten Hafen aufs neue Hafengebühren entrichten müssen, wird hier eine Abänderung dahingehend gewünscht, daß das Schußgeld nur einmal zu entrichten ist, daß also eine Gleichheit sowohl für Privat- wie für öffentliche Häfen eintrete. In einer Eingabe an den Finanzminister soll die Einheitlichkeit beantragt werden. Die wichtige Frage der Schiffsbreite am Rhein-Derne-Kanal kam eingehend zur Erörterung. Namentlich gingen die Meinungen auseinander, ob Dückholben oder Steine an den Säulen nützlichwert seien. Fast die Gesamtheit war für Dückholben, die besonders bei Quarmen zu bevorzugen seien. Beschlossen wurde, an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen nachfolgende Eingabe zu richten: An der heutigen Generalversammlung des Partikulierschifferverbandes Ost- und Ostasien wurde erneut die Frage der Schiffsabmessung des Rhein-Derne-Kanals besprochen. Man war einstimmig der Meinung, daß die Breite der Schiffe 12 bis 13 1/2 Meter betragen solle, um Schiffen von einem Tonnengehalt bis 1600 To. Tragfähigkeit die Benutzung zu ermöglichen. Wenn dies nicht geschieht, ist es für die Partikulierschiffer, deren Schiffe nicht 1200 bis 1500 To. Tragfähigkeit haben, unmöglich, mit diesen Schiffen, welche ihr einziges Kapital darstellen, den Kanal zu befahren. Selbstverständlich würde das aber die Benutzung des Kanals und seine Rentabilität beeinflussen. Gleichzeitig liegt die Gefahr vor, daß bei zu schmalen Schiffe die Benutzung in der Hauptsache

entweder den kleinen holländischen und belgischen Schiffen oder den Gesellschaften, welche besondere Kanalschiffe bauen, vorbehalten bleibe, die Partikulierschiffer aber ausgeschlossen sind, da sie die Mittel dazu nicht haben. Dabei ist zu bemerken, daß die Notwendigkeit einer Umladung aus den Rheinschiffen in die Kanalschiffe eine erhebliche Verzerrung der Frachtkosten bedeutet, welche wieder die Partikulierschiffer am meisten bedrücken würden. Was die Länge der Schiffe betrifft, so sollten solche so eingerichtet werden, daß ein Schleppzug, d. h. ein Boot mit 2 Rähnen, gleichzeitig geschleppt werden kann. Auch das würde eine erhebliche Kostenersparnis für die Schifffahrt und schnellere Abfertigung bedeuten. Wir verweisen auf die Rainischleusen, welche mit großen Kosten umgebaut werden mußten, da die Abmessung unzureichend war. Ferner bitten wir, die Schiffe so einzurichten, daß zur Führung bei der Einfahrt Dückholben und Längsbalken wie auch bei holländischen Kanälen eingerichtet werden."

Koloniale.

Land und Leute am Kilimandscharo.

sh. Berlin, 2. Febr. In den letzten großen Kolonialproben sind die Verhältnisse am Kilimandscharo und in Deutsch-Ostafrika durch die Sachverständigen recht verschieden beurteilt worden. Es war daher von besonderem Interesse, einen Kenner der dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung berichten zu hören, wie es heute Mittag in einem Vortrage geschah, den der frühere Gouverneur Erzengel v. Lieber in der Königl. Hochschule für Kunst über Land und Leute in Deutsch-Ostafrika hielt. Der Vortragende schilderte einleitend die geographischen und klimatischen Verhältnisse und kam dann zu dem interessanten Teil, auf die Bevölkerung. Die Eingeborenen bestehen aus Arabern, Indern und Negern. Die Araber, die früher Menschenraub und Sklavenhandel trieben, mußten erst unterworfen werden, sie sind dann aber folgliche Unterthanen geworden. Die Inden, teils Rohamedaner, teils Seiden sind speziell als Handelsleute und Handwerker tätig und bilden ein Zwischenglied zwischen Europäern und Negern für den Kleinhandel. Es besteht aber die Ansicht, daß sie sehr viel Geld aus dem Lande bringen und daß ihre Vermehrung nicht vortheilhaft ist. Leider läßt die englische Regierung keine Ackerbau treibenden auswandern; diese könnten sie als Vorarbeiter für die Negern nützlich machen. Die Negern sind zum größten Teil dem Sautuskomme angehörig, zum kleinen Teil im Norden Hamiten. Ihre Sprache, das Swahili, ist wohlklingend, leicht zu erlernen und die allgemeine Umgangssprache, die jeder Deutsche lernen muß. Die Negern sind als Kinder lernbegierig und lernen leicht. Diejenigen, welche die deutsche Schule besucht haben, sind später als Angestellte für die verschiedensten Fächer brauchbar. Sehr wichtig ist die richtige Behandlung der Negern. Mit Milde, Freundlichkeit und Gutmütigkeit kommt man viel weiter als mit aufgeregter Behandlung. Derjenige Beamte, der die Negern richtig zu behandeln weiß, hat leichten Verkehr mit ihnen. Die Negern kennen keinerlei Eigentumsrecht an Boden, der Boden gehört dem Dorfe oder dem Stamm. Die Feldbestellung ist eine sehr primitive und geschieht mit der Saie. Sie liegt hauptsächlich der Frau ob, die neben der Feldarbeit auch noch die Wirtschaft und die Zubereitung des Essens zu besorgen hat. Im großen Ganzen ist die Keiligkeit den Negern naturgemäß. In seinem Charakter ist der Negern gutmütig, kindlich aber auch grausam, unredlicher und vor allem faul, träge und gleichgültig. Er verrichtet nur dringend notwendige Arbeit, er arbeitet nicht dauernd und scheut insbesondere schwere Arbeit. Wir müssen ihn deshalb vor allen Dingen zur Arbeit erziehen. Und dahin wirken bereits die Missionen in dankenswerter Weise, wenn ihr Wirkungsfreie sich vorläufig auch nur auf einzelne Punkte erstreckt. Es ist deshalb vorgeschlagen: 1. eine Arbeitsdienstpflicht, etwa wie den Militärdienst in Deutschland einzuführen, wo die Negern mehrere Jahre zur Arbeit bei Deutschen verpflichtet werden; 2. eine andere Form ist der Arbeitszwang auf kürzere Zeit, etwa auf 80 Tage im Jahre, wie es in West-Uganda bereits durchgeführt war und sich sehr gut bewährt hatte. In dieser Anwendung kann der Negern daneben noch sein eigenes Feld bestellen und verdient trotzdem viel Geld; 3. kann die Besteuerung der Hütten (jezt 3 Rupien gleich 4 Mark pro Jahr) in den Bezirken, wo sehr viel Arbeitsgelegenheit vorhanden ist erhöht und dadurch der Negern zur Arbeit gezwungen werden, um dadurch seinen Steuerpflichtigkeiten nachzukommen. — Einfach den Negern sich selbst überlassen, ist nicht angängig, dabei wäre jede Entwicklung der Kolonie ausgeschlossen. Auch die von den Negern angelegten Kaufhaus- und Baumwollkulturen würden leiden und infolge schlechter Pflege minder

brühe erlitt, worauf der Bewußtlose in einen Strahlenzahn geworden wurde. Nach Verabreichung dieses Nachmittags verschickten die jugendlichen Attentäter in Bierreihen in den naheliegenden Park, wo sie spurlos verschwanden. Auf dem Totort wurde bald darauf Professor Wielarski von Pollanten in juristischem Zustande aufgefunden und nach Hause gebracht. Es mußte an ihm eine Operation von einem aus Remberg telegraphisch beauftragten Chirurgen vorgenommen werden. Mittwöch abends erlag jedoch Professor Wielarski den erlittenen Verletzungen. Vor seinem Tode vermochte er noch mitzuteilen, daß er bei dem Ueberfallen einen der an demselben beteiligten Gymnasialkünstler durch Stoßwunden im Gesichte schwer verwundet habe. Dieser Gymnasialkünstler wurde ansindig gemacht und verhaftet. Außerdem erfolgte noch die Verhaftung mehrerer anderer Gymnasialisten. Einen Gymnasialkünstler hat man sogar während der Theatervorstellung in Haft genommen.

Historische Reliquien. Zwei wertvolle Reliquien sind soeben durch Schenkung in das Museum des französischen Ministeriums des Auswärtigen gelangt. Mme. Joffe schenkte die beiden Hebern, mit denen Bismarck und Nales hatte den Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien in Versailles unterzeichneten. Bismarck wohnte in Versailles im Hause der Frau. Joffe, wo viele Dokumente aufbewahrt und unterzeichnet wurden. Die beiden Hebern, die sie sorgfältig aufbewahrt, sind einfache Glasgefäße, die noch die Spuren der Tinte aufweisen. Ferner ist dem Museum von dem Kisten Jules Favre der Ring übergeben worden, mit dem der französische Staatsmann den Waffenstillstand und später den Konstanter Vertrag segelte. Der Ring, auf dessen Stein ein Bild der Diana eingeschnitten ist, war Favre von Raundorf zur Erinnerung an den Prozeß in dem der berühmte Advokat für ihn plädiert hatte, geschenkt worden.

Kolonien, 200 000 M. ebensoviele derjenige von Kanada, Neu-England und Transvaal. Wöhre Lumpengeldster erhalten dagegen die Beamten der königlichen Hofhaltung: Der Vord-Kammerer bekommt 40 000 M., der Vord-Rundschreiber ebensoviele, der Vord-Ratsschreiber schon 50 000 M., während sich der Vord-Schreibermeister mit 20 000 M. begnügen muß. Es ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß die Herren meist Vermögenden besitzen, die nach Hunderten von Millionen zählen, und es laufenogen nicht nötig haben. Das höchste pensionsfähige Gehalt aber, das wohl irgendein Staatsbeamter der Welt bezieht, erhält der Graf of Pinto, der Vizekönig von Indien, nämlich eine Million Mark. Trotzdem dazu noch sehr beträchtliche Repräsentationskosten kommen, kann nur ein sehr reicher Mann diese Stellung ausfüllen, da er, um es einigermaßen den reichen indischen Adels gleich zu können, alljährlich eine tüchtige Menge Geld ausgeben muß, so daß der Vorgänger des Graf of Pinto, Lord Curzon, sich genötigt sah, seine Hand einer amerikanischen Dollarsmillionen-Erbin zu reichen.

Totschlag an einem Gymnasialprofessor. Aus Kolomen wird dem „Telo“ berichtet: Zahlreiche Schüler des polnischen Gymnasiums in Kolomen hatten sich geeinigt, dem Professor Wielarski wegen seiner Strenge bei der jüngsten Klassifikation einen Denksattel zu geben. Eine Gruppe verführter und bewaffneter Gymnasialisten lauerte nun letzten Dienstag in später Nachtstunde dem Lehrer in der Governatsgasse auf, als Wielarski von einem Besuche heimzukehren im Begriffe war. Die Gymnasialisten strätzen sich auf Wielarski, als sie seiner ansichtig wurden, und warfen ihm einen Sod über den Kopf. Der Professor löste zwar aus seiner Rocktasche eine Revolver hervor, der ihm aber rasch entwandnen wurde. Die Gymnasialisten ließen nun unvorsätzlich auf den Ueberfallenen los, so daß er schwere Verletzungen am Kopfe und am Oberkörper sowie mehrere Rippen-

wertige Produkte liefern. Die Frage, was in Deutsch-Ostafrika geerntet und welche Produkte gewonnen werden sollen, beantwortet sich sehr leicht. Es sind erstens: die Landesprodukte: Getreide, Maniok (Knochenfrucht), Kiama (Sirse), Mais und Reis; zweitens Delikatessen: Erdnüsse, Sesam und die Kopra der Kokospalme. Alle diese Früchte können in ungemessener Menge erzeugt werden. Drittens: Hanf und Baumwolle, die durch europäische Pflanzler erzeugt werden können; viertens Kautschuk, der ebenfalls jetzt in Plantagen gezogen wird. Dazu kommen noch Eisenstein, Felle, Gerbrinde, Wachs u. a. — Die jetzige Handelsbilanz der Kolonie beläuft sich bereits auf 36 Millionen Mark. Es ist indessen eine bedeutende Steigerung sowohl der Erzeugnisse wie des Handelsumfanges zu erwarten. Hierzu ist aber nötig der Bahnbau und diesen erhoffen wir in folgender Weise: 1. Fortsetzung der Usambarabahn bis zur Kilimandscharo; 2. Fortsetzung der Dar-es-Salaam-Propagobahn über Tabora bis zu den großen Seen. Wie es scheint, müssen wir zunächst auf die Südbahn von Kilwa nach dem Khasafsee noch verzichten, dafür soll der Kufidj schiffbar gemacht werden und so eine Wasserstraße in das Innere der Kolonie geben. Ist dieses Verkehrsnetz erst entwickelt dann kann auch die Besiedelung des gelunden Hochlandes der Kolonie (Kilimandscharo, Uhehe, Khasafaland u. a. mit deutschen Ansiedlern ins Werk gesetzt werden. Deutsch-Ostafrika wird in Zukunft ein wichtiges Auswanderergebiet für Deutschland werden und durch den deutschen Bauern- und Mittelstand erst wirklich eine deutsche Kolonie werden. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

### Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

2. Kammer. — 25. Sitzung.

Karlsruhe, 4. Februar.

Präsident Hehrenbach eröffnet 9 45 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Minister des groß. Hauses Frhr. von Marschall, Ministerialdirektor Schulz und Regierungskommissare.

#### Eingelaufene Petitionen:

- 1. von 8 weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes;
- 2. der Technischen- und Hochbauinspektoren der Groß- Eisenbahnverwaltung um Besserstellung im neuen Gehaltsstufen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung über die geschäftliche Behandlung:

- a. des Antrags der Abgg. Dr. Köhrer u. Gen., die Bewertung der Rheinwasserkräfte, hier die Errichtung einer Wasserwirtschaftskammer betr.;
- b. des Antrags der Abgg. Müller u. Gen., die Aenderung der Verhaltensvorschriften für die Beamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung;
- c. des Gesetzes-Vorschlags der Abgg. Dr. Jehnter u. Gen., die Aenderung der Gesetzgebung über die Straßen und städtischen Vereine im Staate betr.;
- d. des Gesetz-Entwurfs, das Gemeinderichteramt und das Schiedsmannschaftsamt betr. (der Ersten Kammer vorgelegt);
- e. des Gesetz-Entwurfs, die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit betr. (der Ersten Kammer vorgelegt);
- f. des Entwurfs eines Ortstrafengesetzes (der Ersten Kammer vorgelegt).

Abg. Bing (natl.) schlägt vor zu a) eine besondere Kommission von 17 Mitgliedern einzusetzen; zu b) den Gegenstand der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen; zu c) eine besondere Kommission von 11 Mitgliedern einzusetzen; zu d) den Gegenstand der Justiz- und Verwaltungskommission zu überweisen; zu e) f) eine besondere Kommission von 11 Mitgliedern einzusetzen.

Auf der Tagesordnung steht ferner die Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abg. Jehnter u. Gen., betreffend die

#### Arbeitslücke im hinteren Murgtal.

Abg. Giehler (Str.) begründet die Interpellation, die folgenden Wortlaut hat:

Die Firma Wilhelm Bruch, Kanalbau-Aktiengesellschaft, Murgtalbahn, die von der Groß. Eisenbahnverwaltung die Ausführung von Arbeiten an dem Bahnbau Weisenbach-Fordach übernommen hat, hat an ihre Schichtmeister ein Verzeichnis verteilen lassen mit dem Namen von mehreren hundert Arbeitern, die in den Gemeinden des hinteren Murgtals anässig sind und in den dortigen Fabriken arbeiten. Das Verzeichnis wurde verteilt mit der schriftlichen Weisung, die in dem Verzeichnis vorgemerkten Personen dürften nicht in Arbeit genommen werden; eintretenden Falles würden sie, sobald die Unternehmung davon Kenntnis erhalte, sofort wieder entlassen. Inherdem wurden im Laufe der Monate Oktober und November den Werkmeistern mittels besonderer Zirkulare auch noch die Namen einzelner Arbeiter mitgeteilt, von denen gesagt wird, sie seien bisher bei gewissen Firmen im Murgtal beschäftigt und dürften bei der Unternehmung nicht eingestellt werden. Wie uns mitgeteilt wird, sind verschiedene von den Arbeitern von der Unternehmung auch bereits tatsächlich zurückgewiesen oder nach kürzerer Arbeitsleistung abfällig wieder entlassen worden.

Die Unterzeichneten richten an die Groß. Staatsregierung die Anfragen:

- 1. Sind der Groß. Staatsregierung diese Vorgänge bekannt?
- 2. Was geht die Groß. Staatsregierung zu tun, um die anässigen Arbeiter des Murgtals gegen bevorstehende Beeinträchtigungen fernherin zu schützen?
- 3. Ist die Groß. Staatsregierung bereit, in künftigen Bauverträgen Bestimmungen vorzuschreiben, die für eine vertragmäßige Handhabung gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse bei künftigen Bauausführungen geben?

Eisenbahnminister Freiherr v. Marschall: Auf die Interpellation der Abgeordneten Jehnter und Genossen habe ich namens der Gr. Regierung folgende Erklärung abzugeben:

Zu Frage 1. Die Eisenbahnverwaltung hat von der Bauunternehmerin für die Murgtalbahnstrecke Weisenbach-Fordach, der Kanalbau-Aktiengesellschaft Wilhelm Bruch in Berlin, zum Vorwurf gemachten Behandlung der im Murgtal anässigen Arbeiter erst durch die Interpellation der Abgeordneten Jehnter und Genossen Kenntnis erhalten. Nach dem Ergebnis der daraufhin angestellten Erhebungen ist die in der Interpellation erwähnte Anweisung an die Schichtmeister tatsächlich Befehl, ohne Wissen der Oberingenieure, die erst nach Beginn der Bauarbeiten eintreffen, durch einen Ingenieur, der nicht mehr im Dienste der Unternehmung ist. Die Oberingenieure erklären, selbst erst durch die Interpellation Kenntnis von der Anweisung erhalten zu haben; diese sei auch tatsächlich nicht gehandhabt vielmehr sei nach den Grundrissen verfahren worden,

welche ich zu Frage 2 der Interpellation vorlegen werde. Für die Wichtigkeit dieser Angaben spricht, daß nach den Erhebungen von 420 in Betracht kommenden Fabrikarbeitern des oberen Murgtals 43 in der Zeit von Mitte September bis Ende November zum Bau übergetreten waren; davon sind 3 nach der Erklärung der Bauunternehmerin freiwillig ausgetreten, 2 wegen Unbrauchbarkeit und 4 deshalb entlassen worden, weil sie ihre früheren Stellen ohne Kündigung verlassen hatten. Im ganzen befanden sich zur fraglichen Zeit unter den beim Bahnbau beschäftigten 1400 Arbeitern 623 deutscher Herkunft, darunter nahezu 300 Mann aus dem Murgtal, ein Verhältnis, das nach dem bisher bei den badischen Bahnbauten gemachten Erfahrungen für die deutschen Arbeiter im allgemeinen und für die ortsanässigen im besonderen als sehr günstig bezeichnet werden muß.

Zu Frage 2: Nach der Erklärung der Kanalbau-Aktiengesellschaft, Wilhelm Bruch, verfährt diese bei der Einstellung von Arbeitern zum Bahnbau im Murgtal nach folgenden Grundsätzen: 1. Es werden nur solche Arbeiter angenommen, welche den Nachweis des ordnungsgemäßen Austritts bei einer andern Firma des Tals erbringen. Wird ein Verstoß gegen diese Bestimmung erst nachträglich bemerkt, so ist der Arbeiter zu entlassen. 2. Es werden nur solche Arbeiter aus einem andern Betriebe des Tals angenommen, welche sich zu dem erstrebten Dienste eignen. Dem Anschein nach nicht geeignete Arbeiter sollen bei ihrer Anmeldung erwähnt werden, im eigenen Interesse bei dem bisherigen Arbeitgeber zu verbleiben. — Gegen die Anwendung dieser Grundsätze hat die Groß. Regierung nichts einzuwenden. Die Beschäftigung vertragsbrüchiger Arbeiter kann keinem Unternehmer zugemutet werden. Bei dem mit Beginn eines großen Baues eintretenden starken Andrang von Arbeitern wird vielfach der Versuch gemacht, durch falsche Angaben bei den Gruppen-Verwendungen zu finden, welche infolge besonderer sachlicher Gesichtspunkte (Maurer, Maurer u. dgl.) eine höhere Bezahlung erlauben. Wird dann in Folge der Unbrauchbarkeit eines solchen ungeeigneten Arbeiters geschiedet, so ergeben sich stets große Anknüpflichkeiten bei der Entlassung oder Lohnüberhebung. Wenn daher die Bauunternehmung, die das Risiko für die Ausführung des Baues zu dem vereinbarten Preis trägt, bei der Auswahl der Arbeiter mit Vorzicht vorgeht, so kann ihr hieraus ein Vorwurf umso weniger gemacht werden, als sie hier in Betracht kommenden schwierigen Arbeiten im Murgtalgebiet besonders hohe Anforderungen an die dabei beschäftigten Leute stellen. Die Erfahrungen mit den beim Murgtalbahnbau eingestellten Fabrikarbeitern werden insofern als sehr ungünstig bezeichnet, als der Krankenstand dieser Leute 60 Prozent betrage gegenüber 4 Prozent bei den übrigen Arbeitern. Die genannte Firma ist ersucht worden, bei der Annahme der Arbeiter sich genau an die vorangegebenen Gesichtspunkte zu halten.

Zu Frage 3: In den mit den Unternehmern von Bahnbauten abgeschlossenen Verträgen sind Bestimmungen über die bei der Einstellung der Arbeiter zu beobachtenden Grundsätze nicht aufgenommen. Nach den zu Frage 1 und 2 gegebenen Darlegungen dürften auch die Vorgänge beim Bau der Murgtalbahn keinen triftigen Anlaß zu einer Ergänzung der Verträge in fraglicher Hinsicht geben. Dagegen hat eine von dem Bezirksverband des Zentralverbandes der Maurer, Bezirksverein Karlsruhe, unterm 24. November 1907 an die Landstände gerichtete Petition um vorzugsweise Berücksichtigung der einheimischen Arbeiter bei Staatsbauten Veranlassung gegeben. Darüber, ob in dieser Hinsicht Bestimmungen in die Verträge aufzunehmen sein möchten und beziehungsweise welche, unter den beteiligten Ministerien in einen Meinungs-austausch einzutreten. Nach Abschluß dieser Erörterungen wird den Landständen von der Stellung der Regierung zu der Frage Mitteilung gemacht werden.

Abg. Sühling (soz.) ist im allgemeinen mit der Antwort der Regierung zufrieden. Die Unternehmer könnten sich am besten schützen, wenn sie höhere Löhne zahlten. Auf den Wogenstand werde später noch zurückzukommen sein.

Abg. Wittum (natl.) ist der Meinung, daß die Antwort der Regierung befriedigend und daß deshalb die Beiprückung der Interpellation überflüssig gewesen sei.

Abg. Dergt (Str.) widerspricht dem Vordredner. Die Regierung selbst habe ein Interesse daran, die Ansichten des Hauses kennen zu lernen. Die Regierung sollte schon jetzt Wandel schaffen, da Mithände wie hier auch anderweit vorkommen. Wenn behauptet werde, daß die ausländischen Arbeiter besser seien als die deutschen, so komme es daher, daß die einheimischen Arbeiter zu wenig berücksichtigt würden.

Abg. Sühling (soz.) polemisiert gegen den Abg. Wittum. Er beklagt, daß die italienischen Arbeiter besser seien als die deutschen.

Abg. Kräuter (soz.) beklagt die niedrigen Löhne im Murgtal. Es würden hier Tagelöhne von durchschnittlich 2,20 bis 2,50 Mark gezahlt. Über 3 Mark Tagelohn käme ein Tausend Arbeiter hinaus.

Abg. Wittum (natl.) meint dem Vordredner gegenüber, daß die Arbeiter des Murgtals keinesfalls schlechter gestellt seien als früher, wo es keine Industrie gab. Sie seien auch keinesfalls „ausgewerkelt“. Er bedauere die leichtfertige Auffassung des Abg. Dergt von Vertragsbruch; beim Abg. Sühling verwundere ihn zu diese Auffassung nicht. Ausländische Arbeiter würden im Bahnbau beschäftigt, weil deutsche Arbeiter dazu nicht zu haben seien; sie fanden lehrnere Beschäftigung in der Industrie.

Wandredner Wadmer gibt Aufschluß über die Anzahl der bei der Baufirma Bruch aus dem Murgtal beschäftigten Arbeiter. Die Eisenbahnverwaltung könne vom Unternehmer nicht verlangen, daß er vertragsbrüchige Arbeiter annehme. Gegenwärtig seien im Bahnbau weit mehr Deutsche beschäftigt als vor 10—12 Jahren, wo fast nur Italiener tätig waren.

Abg. Dergt (Str.) meint, den Arbeitern im Murgtal habe man weniger Rechte eingeräumt, als den ausländischen Arbeitern. Minister Freiherr v. Marschall wendet sich gegen eine Aenderung des Vordredners.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Kräuter (soz.) und dem Schlußwort des Abg. Giehler (Str.) wird dieser Gegenstand der Tagesordnung verlassen.

Weiterhin steht auf der Tagesordnung der Bericht der Budgetkommission über das

#### Budget des Groß. Staatsministeriums

Abg. Reßmann (natl.) erstattet den Bericht der Kommission. Diese beantragt, die Ausgaben mit zusammen 24 439 828 für 1908/09, sowie die Einnahmen mit 13 405 800 zu genehmigen. Durch den Tod des Prinzen Karl ist dessen Prägung in Wegfall gekommen. Infolge des Ablebens des Großherzogs Friedrich I. ist die Prägung, die Großherzog Friedrich II. als Großherzog bezogen hat, hinfällig geworden. Dagegen ist das Wittum der Großherzogin Luise im Betrage von 120 000 Mark fällig geworden. Ferner wird für dieses Wittum eine zusätzliche Anbesserung von 25 Prozent angefordert. Die Kosten der Landstände sind um 47 570 Mark jährlich höher veranschlagt, zum Teil wegen Erhöhung der persönlichen Ausgaben, zum Teil wegen Steigerung des Aufwands für den Landtag. Die von einer Seite angeregte Erhöhung der Tagelöhner der Abgeordneten, die mehr den Verhältnissen der Beamten

angepaßt seien, fand keine weitere Unterstützung. Der eigentliche Matrilinearbeitrag vermindert sich um M. 1 729 627 und der Ausgleichungsbeitrag wegen der Steuererhöhung sich um M. 302 228 für das Jahr. Im einzelnen bemerkt der Kommissionsbericht zum Titel: Matrilinearbeiträge: Die finanziellen Beziehungen der Bundesstaaten zum Reich sind unterm 3. Juni 1906 neu geregelt worden. Die erhoffte Befreiung einer Höchstgrenze der Matrilinearbeiträge wurde nicht erreicht. Am den Einzelstaaten jedoch die Zahlung dieser Beiträge zu erleichtern und die Möglichkeit zu geben, für deren Deckung von langer Hand finanzielle Vorkehrungen zu treffen, bot man zu dem Auskunftsmitel der Stundung getroffen. Erstmals wurde hiervon in den Jahren 1904 und 1905 Gebrauch gemacht. Gestundet wurde derjenige Teil der ungedeckten Matrilinearbeiträge, der den Betrag von rund 24 Millionen Mark (b. i. 40 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung) überstieg und zwar insoweit, bis der zur Deckung des Bedarfs für 1904 und 1905 erforderliche Betrag nach den wirklichen Ergebnissen des Reichshaushalts festgestellt sei. Der im Ausnahmefalle belassene Betrag beider Jahre belief sich auf rund 70 Millionen Mark, wovon auf Baden 2 229 696 Mark entfielen. Dieser letztgenannte Betrag war in das Budget 1906/07 aufzunehmen. In den Staatsvoranschlag für 1908/09 waren von dem nach dem Reichshaushaltsbetriebe von 1907 sich auf 9 700 234 Mark berechnenden Matrilinearbeitrag Badens ein Gesamtbeitrag von rund 7 505 000 Mark vorgezogen. Der Restbetrag ist gestundet und erscheint, weil erst im Jahre 1910 fällig, auch erst im Voranschlag für die Jahre 1910/11, insofern er nicht bis dahin in Mehrerträgen Deckung finden sollte. Außerdem aber war hier der für 1908 gestundete und im Juli 1909 fällige Matrilinearbeitrag aufzunehmen. Der ursprünglich 57,6 Millionen betragende gestundete Betrag für 1906 fand bis zur Höhe von 23,3 Millionen Mark in den Ueberschüssen der eigenen Wirtschaft des Reichs, sowie im Mehrertrag der Ueberschusssteuern Deckung, so daß restlich 23,3 Millionen Mark gestundet blieben, wovon der Anteil Badens 940 000 Mark beträgt. Diese Summe war daher dem Matrilinearbeitrag von 1906 zugerechnet. — Zum Titel: Viersteneräquivalent wird bemerkt: Die süddeutschen Staaten, die das Vierstenervertragsrecht besitzen, haben an das Reich ein Äquivalent hierfür einen Betrag abzuführen, der aus dem Brauenertragsüberschuss in den Staaten der Brauenergemeinschaft nach dem Verhältnis der Kopfzahl berechnet wird. Nachdem nun das Ertragsrecht der Brauener im Gebiet der Brauenergemeinschaft infolge des Gesetzes vom 3. Juni 1906 erheblich gestiegen ist, erhöht sich auch das von den süddeutschen Staaten zu zahlende Äquivalent. Das Brauenertragsüberschuss ist von etwa 30 Millionen auf 51,7 Millionen Mark (nach dem Reichshaushalt für 1907) gestiegen; demzufolge erhöht sich der von Baden zu zahlende Ausgleichsbeitrag von bisher 1,3 auf 2,2 Millionen Mark, also um 0,9 Mill. Mark, woraus sich der in das Budget für 1908/09 eingestellte erhöhte Betrag ohne weiteres ergibt.

Abg. Dr. Bing (natl.): Dank der Fürsorge und der begeisterten Liebe zur Kunst ist das Hoftheater in Karlsruhe eines der ersten und bedeutendsten geworden. Es übt auch eine außerordentliche Zugkraft auf die kunstliebende Bevölkerung unseres Landes aus, wie auch auf die Kunstfreunde außerhalb unseres Landes. Mit Befriedigung darf man darauf hinweisen, daß sich unser Hoftheater einer vorzüglichen Leitung und vorzüglichster Kräfte erfreut. Aber ich möchte auch ein freundliches Gedenken dem technischen Personal und den Arbeitern geben und wünschen, daß auch ihre Bezüge erhöht werden, wo jetzt auch die Staatsbeamten und Arbeiter aufgebessert werden.

Finanzminister Graf v. Helldorf weist darauf hin, daß der Hoftheaterbetrieb innere Angelegenheit der Hofverwaltung sei. Er zweifle aber nicht, daß auch die Theaterbeamten und Arbeiter bei der künftigen Aufbesserung der Staatsbeamten und Staatsarbeiter aufgebessert werden. Der Aufwand des Hofes für das Hoftheater sei im Verhältnis zur Jubiläumsliste ein außerordentlich großer.

Abg. Kolb (soz.) weist darauf hin, daß die Einkünfte des Hofes aus Liegenschaftsveräußerungen ganz bedeutend gestiegen seien. Es ist durchaus richtig, daß das technische Personal des Hoftheaters im Verhältnis zur geleisteten Arbeit viel zu gering entlohnt sei. Besonders klagen die Chorführer und die Angehörigen des Ballets über schlechte Bezahlung. Allgemein ist die Klage in Karlsruhe, daß der Spielplan des Hoftheaters recht veraltet ist; moderne Werke dürfen fast gar nicht aufgeführt werden.

In der Diskussion regt bei dem Titel „Landständischer Ausschuss“

Abg. Kolb (soz.) eine Erhöhung der Diäten der Abgeordneten an. Alle anderen Staaten zahlten höhere Diäten mit Ausnahme von Hessen und den kleinen Staaten.

Abg. Dielerle (Str.) wünscht unter einem anderen Titel eine Aufbesserung der Postillone.

Ministerpräsident Frhr. von Marschall teilt mit, daß das Reichspostamt angeordnet hat, daß die Postillone wöchentlich nur 60 Stunden beschäftigt werden und sie eine angemessene Sonntagruhe erhalten.

Hierauf wird das Budget einstimmig genehmigt.

Abg. Reßmann (natl.) berichtet sodann namens der Budgetkommission über das

#### Budget des Ministeriums des groß. Hauses

und der auswärtigen Angelegenheiten für 1908/09, das mit einer Gesamtsumme von M. 711 320 für die beiden Jahre zusammen abschließt. Die Stelle eines technischen Referenten nach Abteilung C 2 soll hier in Wegfall kommen und in das Budget der Eisenbahnverwaltung übernommen werden. Im Zusammenhang damit hat die Kommission bei der Regierung angefragt, ob mit diesen Personalveränderungen auch Aenderungen in der Organisation des Ministeriums beabsichtigt seien. Diese Frage wurde verneint; die Stelle des einen Zentralinspektors, die früher im Budget der Eisenbahnverwaltung geführt wurde, soll in das Budget des Ministeriums übernommen werden, da der Beamte lediglich mit der Beaufsichtigung der Jahrbetriebsmittel und der materialien Anlagen und elektrischen Einrichtungen sowie des technischen Teils des Betriebes der Privatbahnen beschäftigt war; dem zweiten Zentralinspektors soll die Aufsicht über den Bau und die Unterhaltung, dem administrativen Hilfsarbeiter die Aufsicht über den allgemeinen Verwaltungsbetrieb, Betriebs- und Verkehrsdiens der Privatbahnen übertragen werden.

Abg. Dergt (Str.) glaubt, daß in der Eisenbahnverwaltung die technischen Kräfte immer mehr in den Hintergrund gedrängt würden, und reicht einen Antrag ein, nach welchem die Anforderung eines administrativen Beamten nach C 2 und zweier Zentralinspektoren nach D 1 vorläufig abgelehnt wird, bis die Regierung sich dazu entschließt, diese Beamten einander gleichzustellen.

Abg. Dr. Wilkens (natl.) ersucht, den Antrag Dergt an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Hergt (Str.) zieht seinen Antrag vorläufig zurück. Die beiden Budgetpositionen werden an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Ministerpräsident Freiherr v. Marschall erklärt sich mit der Zurückverweisung an die Budgetkommission einverstanden. Es sei durchaus der Regierung ferngelegen, irgendwie Techniker zurückzuweisen; das juristische Element müsse aber auch eine Rolle in der Eisenbahnerverwaltung spielen. Durch die Berufung eines Technikers in das Ministerium hat dieses gezeigt, in welcher Weise es Wert auf die technischen Beamten legt.

Das Budget wird unter Vorbehalt des Antrages Hergt genehmigt.

Schluss der Sitzung 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch, den 5. Februar, vormittags 1/10 Uhr: Hochschulen und Kultus.

### Aus Stadt und Land.

Wannheim, 4. Februar 1908.

**Neue Fernspreerverbindungen.** Nach einer Mitteilung der Kaiserl. Oberpostdirektion sind vom 1. Februar ab Wannheim nach Ostbiberich und Sandhofen mit zahlreichen Orten des Oberpostdirektionsbezirks Konstanz zum unbeschränkten Sprechverkehr angeschlossen. Es sind dies meist kleinere Orte des Schwarzwalds, Breisgau, Oberrhein usw., so auch die Schwarzwaldberge Randel, Welschen, Schwanland (Halbenwirtschans) usw. Die Gesprächsgebühr beträgt jeweils M. 1.

**Spezialausstellung für Petroleum- und Spiritusglühlicht in der Gewerkschule.** Die Handwerkskammer Wannheim veranstaltet eine Spezialausstellung für Spiritus- und Petroleumglühlicht. Die Ausstellung findet in der Gewerkschule (Reughaus) statt und ist außer zu den gewöhnlichen Ausstellungszeiten geöffnet: Mittwoch, den 5. Febr., Dienstag, den 11. und 18. Febr., Freitag, den 7., 14. und 21. Februar jeweils von halb 8 bis halb 9 Uhr abends. An diesen Tagen werden die Lampen brennend gezeigt. Der Eintritt ist unentgeltlich. Die Spezialausstellung gibt ein Bild von der gegenwärtigen Lage der Beleuchtungstechnik für Petroleum- und Spiritusglühlicht, die so wie die gesamte Beleuchtungstechnik in den letzten Jahren eine unerwartete Entwicklung genommen hat, so daß es gelungen ist, Petroleum- bzw. Spiritusglühlichtlampen von einer Lichtstärke bis zu 700 Kerzen zur Beleuchtung von Straßen und größeren Räumen heranzustellen, die einen sicheren, zuverlässigen Betrieb gestatten. Auch die kleineren Hänge- und Tischlampen für etwa 40-60 Kerzenstärke, wie sie zur Erleuchtung von Wohnräumen dienen, geben bei ordnungsmäßiger Bedienung ein schönes und verhältnismäßig billiges Licht. Besonders geeignet ist Petroleum- bzw. Spiritusglühlicht, wenn ein Anschlag an Gas, oder elektrische Leitung nicht möglich oder nicht vorhanden ist und auf intensiverer Beleuchtung Wert gelegt wird. Die Ausstellung hat eine gute Beteiligung von Seiten der dafür in Betracht kommenden Firmen gefunden.

**Die Versuche des Vereins für Volkshilfswesen (Ecke Mittel- und Porzellanstraße Redarstraße) war im Januar von 3213 Erwachsenden und 1429 Kindern, zusammen also von 4642 Personen, besucht. Damit ist bis jetzt die höchste Ziffer erreicht. Wieder wurden an 4 Abenden 1901 ausgegeben, davon 182 an neue Leser.**

**Verein Frauenbildung-Frauenstudium.** Der nächste Disziplinarschritt findet morgen Mittwoch, den 5. Febr., nachmittags 4 Uhr, im „Wilhelmshof“ statt. Zur Disziplinierung gelangen Vereinsangehörige. (Siehe die letzten Mitteilungen des Vereins.)

**Auf dem ersten römischen Maskenball** erhielt, wie bereits mitgeteilt, das freiziehende Gaimorchester oder, wie sein farneolischer Name lautet, das Geb-heim Trösterer, den zweiten Gruppenpreis. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die gelungene Truppe von den Gebrüder Krafft unter Leitung des ältesten, des bekannten Kunstmalers Fritz Krafft, dargestellt wurde. Fritz Krafft ist alter Mannheimer Künstler, auf den Rosenkranzmaskenballen durch seine durchschlagenden Ideen, wie Sommerabendstraum, Verlebensfeier, Rosenkranzmaskenball usw. bekannt und einmal prämiert.

**Das Seelbühnenstück** bietet für die erste Februarhälfte wieder ein recht abwechslungsreiches und unterhaltendes Programm, das zwar keine außergewöhnlichen Attraktionen enthält, aber sich doch auf dem gewohnten Niveau zu behaupten weiß. Mit besonderem Erfolg wurden in der gestrigen Vorstellung die 5 Collins (2 Tanten, 3 Herren) aufgeführt, die an den hängenden Seilen mit großer Eleganz und jener geradezu spielenden Leichtigkeit arbeiteten, die nur erstklassigen Truppen eigen ist. Selbst die schwierigsten Tricks werden von dem schwingenden Quinnet in formvollendeter Weise ausgeführt. Auf der gleichen Höhe steht die Arbeit der achtköpfigen Jacopi-Truppe, die mit ihrer Partnertruppe und mit ihren römischen Spielen den vorzüglichsten Eindruck hinterlassen. Verschiedene Tricks dürften nicht so leicht zu überreifen sein. Sehr gebiegen ist die Equilibristik der 4 Sisters Deide auf hohen Säulen. Auch diese Truppe, die allein schon durch ihre Aufmachung zu wirken weiß, ist besonders gut „in der Form“. Der schiffliche Humourist Hans Girardet hat wieder mit einem guten Repertoire hier Station gemacht. Am besten gefallen seine Darbietungen in schifflicher Mundart. Die Original-Pantomime der Kieffe-Companie, die sich „Die Mühle im Walde“ betitelt, gehört unstrittig zu den besten pantomimischen Aufführungen, die je über die Seelbühne getollt hat. Eine amüsante Situation stellt sich an die andere. Am dreifachsten ist die Mimik des Reiner, dessen Streiche das Auditorium nicht aus dem Lachen herauskommen lassen. Ueberaus reizend in ihrer äußeren Erscheinung ist die 5 Jahre alte Miniatursoubrette Lilly Dolsch, die ihre Liebchen in verschiedenen Sprachen sehr sicher und korrekt singt. Am besten spricht ihr Vortrag in oberbayerischer Mundart an, bei dem sie sich recht natürlich und ungenötigt zu geben versteht. Bei den anderen Liebchen sind die Bewegungen noch so automatisch. Da die Kleine über eine kräftige, wohlklingende Stimme verfügt und da sie ihrem ganzen Auftreten noch sehr musikalisch ist, darf man für ihre künstlerische Zukunft die besten Hoffnungen hegen. „Grand bonle des bojadres“ betitelt sich ein Ballett-Divertissement, das von einer Schaar hübscher Fräulein und Herren in Kostümen aus der Zeit der Renaissance durchgeführt wird. Die Solotänzerin Marianne Kunzmann entwickelt im Schönen und Wirklichen eine besondere Routine. Dem gleichen Genre gehören die schneidigen militärischen Evolutionen der 8 Excelliors als St. Majestät Tangularen an. Wenn wir noch des guten Drahtstückes der Miss Hedwig Ely und Irma, der beiden Soubrettes Walli Baranoff, der modernen Charakterdarstellerin Angoleia und Timido und Starlers Pio-Tablrau gedenken, so haben wir das Ensemble, das dazu berufen ist, den Besuchern des Seelbühnen wieder einen amüsanten Abend zu bereiten, kurz Revue passieren lassen.

### Schwärzst.

Wannheim, 4. Febr. Wir erwähnten im heutigen Mittagsblatt nach dem „Kriegs-Tagbl.“, daß Gerüchte über die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie in Schopfheim-Schönau. Das Blatt wollte aber an das Gerücht nicht

glauben. Festere Formen nahm es in der „Frankf. Ztg.“ an. Es sei tatsächlich seitens des Zentrums an die Sozialdemokratie herangetreten worden. Oswald wolle seine Kandidatur zurückziehen und dann werde das Zentrum für den Sozialdemokraten eintreten. Wir nahmen von dieser Wundermär zunächst nicht Notiz. Nun wird aber durch die „Bad. Landeszeitung“ bestätigt, daß tatsächlich liberale Vertrauensmänner aus Zell verhandelt haben, in Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Kandidaten zu treten! Wir logten schon heute morgen, wer weiß, was wir noch erleben. Vielleicht kommt es doch noch so, daß die Sozialdemokratie nicht das tut, was ihre Pflicht wäre, wenn sie ihren Anspruch aufrecht erhalten wollte, eine liberale Kulturpartei, ja die liberalste Kulturpartei zu sein, vielmehr wird sie in der Stichwahl doch nicht für den liberalen Kandidaten eintreten. Aus welchen Gründen ihr eine solche Skrupellosigkeit möglich ist, legten wir dar. Die „Bad. Landesztg.“ möchte die Sozialdemokratie einer solchen Bundesgenossenschaft nicht für fähig halten. Wir warten es ab. Entweder also ein Konterwärtiger zieht ins badische Parlament dank der Unterstützung der Sozialdemokratie, oder ein Sozialdemokrat dank der Unterstützung des Zentrums und seiner konservativen Gefolgschaft. Das sind die Möglichkeiten, mit denen zu rechnen wäre, so lange die Sozialdemokraten nicht eine klarere Stellung zur Stichwahl nehmen, als sie in dem mitgeteilten Beschlusse der Schopfheimer „Genossen“ gegeben ist. Auf die schönen Reden der badischen „Revisionisten“ im Landtag möchten wir wenigstens keine Häuser bauen, ihr tatsächlicher Zweck ist nur zu klar. Für das Wesen der Sozialdemokratie ist es wahrlich bezeichnend genug, daß sie noch nicht einfach und deutungsfrei die Stichwahlparole ausgegeben hat, die die einzig mögliche sein müßte, wenn die Optimisten und Helfeher unter ihren liberalen Beurteilern Recht hätten. Wie es auch kommen mag, als Lauffache, die nicht bestritten oder umgedeutet werden kann, steht fest: zwei große sozialdemokratische Blätter haben die Möglichkeit eines Stichwahlbündnisses mit der konservativen-liberalen Verbrüderung ins Auge gefaßt; als Lauffache steht weiter fest, die Sozialdemokraten in Schopfheim-Schönau haben einen Beschlusse gefaßt, der ihnen die Freiheit gibt, den liberalen Kandidaten nicht zu unterstützen, und mit dem sie sich die Möglichkeit offen gehalten haben, ihren Kandidaten mit Unterstützung des Zentrums in den Landtag zu bringen. Die Einigung, die im liberalen Lager so hoffnungslos und selbstverständlich erwartet wurde, ist nicht erfolgt. „Gegebenenfalls“ kann die Sozialdemokratie auch anders und kann der Partei der Unkultur und des Rückschritts ein Mandat zuschlagen oder eines von ihr entgegennehmen, durch welche Abhängigkeit selbstverständlich nur die Partei Waders, nicht der liberale Kulturgedanke gewinnen würde.

Wir erwarten noch immer, daß die Sozialdemokratie in der Stichwahl sich schließlich doch für den liberalen Kandidaten entscheiden wird, aber das dürfen wir festhalten, was ihre Haltung zwischen Haupt- und Stichwahl einwandfrei und klar genug, liberal-grundlagig genug, um den liberalen Parteien ihr gegenüber ein anderes Verhältnis empfehlen zu können als das des „vorsichtigen Nichtstuns“ der „Bad. Landesztg.“?

### Letzte Nachrichten und Telegramme.

**Düsseldorf, 3. Febr.** Die gestern hier abgehaltene Protestversammlung gegen den Entwurf des neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes war überaus zahlreich besucht. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 2. Februar 1908 in Düsseldorf im Saale „zum Adler“ tagende, überaus zahlreich besetzte Protestversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Verlesung des seitlich in Baden bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetzes. Besonders protestiert die Versammlung gegen Paragraph 7 des Entwurfs, weil darin jede Versammlungsform der deutschen Arbeiterorganisationen gebremst wird. Die Versammlung fordert die Volkserweiterung oder Vereinfachung auf, im Reichstag dahin zu wirken, daß ein freies Vereins- und Versammlungsgesetz zustande kommt. Ferner protestiert die Versammlung gegen die geplante Zigaretten- und Tabaksteuer, weil dadurch ein großer Teil der mit ihrer wirtschaftlichen Lage schon schwer kämpfenden Lohnarbeiterschaft hart getroffen wird. Die Versammlung fordert ein solches Steuerreformgesetz, welches die Arbeiterklasse in vollem Maße berücksichtigen wird.“

**Frankfurt a. M., 4. Febr.** Dem ersten Vizepräsidenten der Handelskammer Herrn Kommerzienrat von Vossowat wurde der Charakter als Geheim-Kommerzienrat verliehen.

**Köln, 4. Febr.** In der Privatangelegenheit des früheren Reichskammerrats Dr. Peters gegen den verortlichen Reichsanwalt Dr. Strüggemann und den Berliner Mitarbeiter des Blattes, Gouverneur a. D. v. Bennigsen, haben sowohl der Privatkläger Dr. Peters, als auch der Beiratsrat v. Bennigsen gegen das Urteil des Schöffengerichts Köln Berufung eingelegt.

**Berlin, 4. Febr.** Es ist laut „Frk.-Ztg.“ wahrscheinlich, daß innerhalb der freisinnigen Fraktionen über die aus der öffentlichen Politik einzelner zu ihr gehöriger Politiker entfallende Einzelfragen durch einen von der Fraktionsgemeinschaft des Reichstages eingeleiteten Einigungsaußschuß entschieden wird.

**Berlin, 4. Febr.** Die Subjektionskommission des Reichstages legte die Beratung des Teletexts fort und nahm eine Resolution Erzberger's an, nach welcher im Interesse der Durchführung der Sonnenstrahl die Annahme von Posten an den Postämtern an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage nur bis nachmittags 6 Uhr erfolgen soll.

**Trier, 4. Febr.** Gestern Abend veranstalteten etwa 40 junge Leute unter anarchistischen Rufen Kundgebungen vor dem portugiesischen Konsulat. Die Polizei verbotete, H. „Frk. Ztg.“ vier Demonstrationen.

**Ein Brand in den Räumen der „Badischen Presse“.**

**Karlsruhe, 6. Febr.** (Von unserem Karlsruher Bureau.) Ein größeres Feuer zerstörte heute nachmittags die im oberen Stockwerk im alten Druckereigebäude der „Badischen Presse“ gelagerten umfangreichen Papierlager und teilweise die Redaktionsräume, Lesesaal und Buchbinderei. Das Feuer brach kurz nach 1/4 Uhr im Papierlager aus und wurde längere Zeit nicht bemerkt bis die Flammen zum Dach hinausschlagen.

Es gelang nicht mehr, das im oberen Stockwerk untergebrachte, umfangreiche Papierlager zu retten. Auch mußte die Redaktion in großer Hast von den dort beschäftigten Redakteuren

verlassen werden, sobald auch ein großer Teil der Manuskripte und der Redaktionsbibliothek verloren ging. Die rasch ankommende Feuerwehre bekämpfte das Feuer zuerst von den Dächern aus und mit drei Schlauchleitungen. Später rückte auch die Dampfwehre an und die Feuerwehre auf dem Brandplatz an. Das Dachgebälge ist völlig abgebrannt. Die darunter liegenden Räumlichkeiten wurden durch Wasser außerordentlich in Mitleidenhaft gesetzt. Die Abendausgabe der „Badischen Presse“ ist durch den Brand unmöglich gemacht. Das Feuer ist noch nicht völlig bekämpft, doch ist eine Gefahr für die Expedition sowie für die anliegenden Gebäude und den neuen Teil der Druckerei ausgeschlossen.

### Die Modernisten.

**München, 4. Febr.** Die „M. W. Ztg.“ hört, bez. Rantias Fröhlich habe den Professor der Logik an der hiesigen Universität, Dr. Schberger, zum Vortrag berufen. Zum Fenster im Sinne der „Oscillata „postendi“ sei, H. „Frk. Ztg.“ für die Erbschaft und die Domkapitular Dr. Specht, ein hochgebildeter Gelehrter ernannt worden.

### Aus der Sozialdemokratie.

**Berlin, 4. Febr.** Gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Gafert hat die Kaiserl. Staatsanwaltschaft beim „Vorwärts“ zufolge ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Er soll, nach Gafert behauptet, in einer Wahlsitzung am 18. Januar in Hilfe der Anwesenden direkt zur Revolution aufgefordert haben.

### Der Königsmord in Portugal.

**Lissabon, 4. Febr.** Die Zeitung der legitimistischen Partei und die beiden republikanischen Senatoren Cunha und Braamcans haben, H. „Frk. Ztg.“ ihre Namen in die Kandidatenliste eingeschrieben. Die wegen Teilnahme am Königsmord Verhafteten werden in Freiheit gesetzt werden, da die Polizei ihnen nichts Kompromittierendes nachweisen kann.

**Lissabon, 4. Febr.** Der Ausschuss der demokratischen Progressisten nahm einen Antrag an, in welchem die Partei die Mängel des Blutgesetzes und gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit ausdrückt, mit der neuen Regierung zusammen zu arbeiten, falls den politischen Gefangenen und Deportierten ihre Freiheit und ihre Rechte zurückgegeben und alle gegen die Freiheit gerichteten diktatorischen Maßnahmen aufgehoben würden.

**Lissabon, 4. Febr.** Die Verlesung der Verlesungsausschüsse fand am Montag vormittag statt. Das Verlesende des Königs, der den Arm nach in der Höhe trägt, hat sich verbessert. — Der englische Gesandte in Lissabon ist nach London abgereist.

**Madrid, 4. Febr.** „El Mundo“ meldet aus Lissabon: Der neue Ministerpräsident ergriß energische Maßnahmen, jedem Aufstand vorzubeugen. Die verfassungsmäßigen Garantien wurden aufgehoben und das Kriegsgesetz proklamiert. 96 politische Gefangene sind an Bord des Dampfers „Portugal“ gebracht worden. Sie sollen in afrikanische Gefängnisse übergeführt werden. Der „Mundo“ führt weiter aus: Die revolutionäre Bewegung bereitete sich in aller Stille vor unter der Leitung des Redakteurs eines bedeutenden republikanischen Blattes. Die Revolutionäre beschließen, die Republik allmählich herbeizuführen, aber die diktatorischen Maßnahmen Francos trieben ihre Erregung auf die Spitze; sie schmuggelten Waffen ein und führten ihren Plan aus.

### Deutscher Reichstag.

Im Landestag: Generalleutnant Sig. v. Arnim.

Die zweite Lesung des

### Militär-Budget

beim Titel „Gehalt des Kriegsministers“ wird fortgesetzt.

**Waglan (Str.)** VSA.: Die Steigerung der sich im Etat vorfindenden Summe für Naturalverpflegung um 45 Millionen Mark mehr als im Vorjahre sei eine Folge des hohen Standes der Lebensmittel- und Futtermittel. Der Reichsanwalt stellte eine größere Sparmaßnahme auch in der Armee in Aussicht. Vielleicht kann man diese Worte des Reichsanwalt auf eine Unterredung mit dem Kriegsminister zurückführen. Dagegen ist es behauptet, daß der Kriegsminister jetzt erkrankt ist. Der Stellvertreter des erkrankten Kriegsministers hat vielleicht von diesen Verhandlungen keine Ahnung. Die gegenwärtige Anweisung mußte zu äußerster Sparmaßnahme. Den Wünschen der Generäle müsse trotz aller entgegenstehender Schwierigkeiten nachgegeben werden (Zustimmung bei den Freisinnigen). In einer finanziellen Notlage werden wir immer bleiben, wenn die Ausgaben für das Militär nicht verringert werden. Auch an der Kavallerie könne wohl etwas gespart werden. Die Aufstellungen des Heeres über ein Milliarde haben wohl niemand im Jahre überlegt, ein solches würde wohl teurer sein als das gegenwärtige Militärbudget, auch wenn man es noch dem Minister der Schweizer Militäreinrichte. Dabei ist der Krieg der Schweizer Armee lediglich defensiver Art. Der sozialdemokratische Antrag auf allgemeine Einführung der einjährigen Dienstzeit veranlassen ihn zu der Bemerkung, daß die Verwaltung allerdings nicht stark an der bisherigen Dienstzeit festhalten, sondern auf eine Verminderung Bedacht nehmen sollte. Man müsse alles tun, um die Trennung zwischen Heer und Volk zu beseitigen. Die Armee müsse zu einem Gegenstand gemacht werden, auf den das Ausland neidisch sei. (Beifall links).

**Lieber (Reichst.)** führt aus: Gewiß sei eine Milliarde in einem Jahre für Heer und Marine eine erschreckende Summe. Sie bilde ein Monument. Es frage sich, ob nicht Sparmaßnahmen möglich seien. Bei der Marine könne nicht gespart werden, aber bei der Armee. Der Vorschlag für die Mannschaften habe keine Partei sympathisch gegenüber. Sie wünsche aber kein Nachtragsgesetz, sondern die ordnungsmäßige Erledigung im nächsten Jahresetat. Neben dem Wert der Uniform zu streiten, sei hier nicht der Platz, der Resolution, die einen Unterricht in der landwirtschaftlichen Kameradschaft beim Militär verlange, Stimme er zu. Dohar's bleibe die Liebe zur Scholle bewahrt. Reiner tritt dann für die kleinen Garnisonen ein. In der Zukunft seien durch die Wegnahme der Garnisonen viele kleine Städte ganz polonisiert. Liebert ging dann auf die gestrige Rede Debes ein und meinte, die Frage der Milizarmee könne man verlagern bis zum Jahresabschluss. Die Frage der Militärhandwerker könne auf engste mit der Aufrechterhaltung des Unteroffiziersstandes zusammen. Man habe die Pflicht, für eine betriebende Verbesserung der Unteroffiziere im Hinblick zu sorgen. Schließlich tritt Reiner für die Wünsche der Verwaltungs- und Vertriebsfreier ein. Diese Fraktion habe eine wichtige militärische Bedeutung; denn es handle sich darum, bei den Truppen ein tüchtiges Unteroffizierskorps zu erhalten.

### Von Tag zu Tag.

— Explosionen in Glad. Glad, 4. Febr. In Gladley explodierte eine Dampfmaschine, wobei die Schwengeln des Befehlers und einige Maschinen schwer verletzt wurden.

Berurteilung. Leipzig, 4. Febr. Das Landgericht verurteilt den Wäschmeister Lindner als Urheber des Haus-einfurzes vom 29. Oktober 1907 in der Hebelstraße in Lindenau zu acht Monaten Gefängnis. Bei dem Unfall war ein halb-jähriges Kind getötet und mehrere Personen waren schwer ver-letzt worden.

Entgleisung eines Arbeiterzugs. Paris, 3. Febr. Aus Concornau im Departement Finis-terre wird gemeldet, bei der im Bau begriffenen Bahnlinie nach Montreben kürzigen drei offene mit 15 Arbeitern besetzte Wagen infolge Entgleisung ins Meer. Ein Arbeiter er-trank, zwei wurden erheblich verletzt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kates Vokalvereinskonzert in Heidelberg.

Das Programm des dritten Konzerts des Vokalvereins in Hei-delberg trug einen romantischen Charakter. Es wurde mit Wee-t-hovens B-dur-Symphonie op. 80 eröffnet, der nach mehr als der verdoppelten „Achten“ das Schicksal einer gewissen Zusam-mensetzung zuteil wird. Von ihrer Vorgängerin, der „Troica“, unter-scheidet sie sich dadurch, daß sie nicht wie jene eine bestimmte poeti-sche Idee zum Ausdruck bringt. Ihr Vorzug ist vielmehr die Schön-heit und das künstlerische Ebenmaß der Form und ihre sonnt-liche Färbung. Das Wagner in G-dur gemeldet sich bei seiner ein-fachen Konzeption durch eine unendliche Gemütsstärke aus. Eine Mozart'scher Frohsinn beherrscht das Finale. Die von Herr Generalmusikdirektor Dr. Wolff um sorgfältig vorbereitete Wieder-gabe war in allen Teilen eine gelungene. Die Kantilene des Abo-gios, die zartinnige Weise des Trios, welcher Satz übrigens in formaler Hinsicht insofern interessiert, als Beethoven wieder zum ersten Male die geminale Wiederholung eingeführt hat, das Finale in seiner munteren Laune, alles das kam in vorzüglicher Weise zu Gehör. Dabei wurde der Stimmungsgang der Musik, welche bei aller Klarheit stark romantische Züge aufweist, völlig erschöpft.

Als Dirigent eigener Kompositionen erschien Herr Direktor Hans Fißner aus Straßburg i. E., dem Herr Prof. Wolff wie allen andern bedeutenden Modernen: Meyer, Strauß u. a., schon früher gütigste Aufnahme gewährt hat. Damals kam der Lieberkomponist Fißner zu Wort, und als solcher nimmt dieser heute einen unbedeutenden Rang in der musikalischen Welt ein. Lieber Fißner's dramatische Werke, von denen „die Rose vom Lie-besgarten“ der einzigen Jaden auch an unserer Hofbühne auf-geführt wurde, gehen bekanntlich die Meinungen weit auseinander. Gestern führte uns Fißner, welcher gegenwärtig die wohl-bekannteste Stelle eines Direktors des Straßburger Konservatoriums bekleidet, und somit nach einem Leben voll Sorge und Not in gesicherte materielle Verhältnisse gekommen ist, sein op. 20, die Ouvertüre zum Weibschmähmärchen von Ilse von Stach „Christelfeier“, sowie die Musik zu Heinrich v. Kleist's „Räthchen von Heilbrunn“ vor, von welcher der beste Teil die Ouvertüre, bereits anlässlich eines Kammerkonzertes hier gewür-digt wurde. Was an dem erstgenannten Werke angenehm be-zührt, ist vor allem die wohlthuende Einfachheit. Nicht tief oder groß angelegt, zeichnet es sich durch eine gewisse Frische und Natürlichkeit der Erfindung aus. Anspruchlos wie der Inhalt ist auch das musikalische Gewand. Die Instrumentation be-schränkt sich auf Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott, Streichquar-tett, Horn, Fagott und Triangel. In Weichinstrumenten treten nur zwei Hörner hinzu. Ganz besonders stimmungsvoll und von blühenden Orchesterfarben gebunden erschien der ruhig gediegene Anfangsteil. Die Wiedergabe war, abgesehen von einigen ver-unglückten Tönen des Waldhörns, welches gestern ohnehin einen schlechten Tag hatte, eine sehr befriedigende. Die Komposition sprach sehr an. Im Gegenstoß zum „Christelfeier“ führt uns die Musik zum „Räthchen von Heilbrunn“ in eine Welt von Glanz und Ritterlichkeit, voll „fröhlicher Kämpfe mit Schwerd und Pfeil“. Auch sie ist namentlich in der Ouvertüre von einer wackeren Frische und Unmittelbarkeit. Fein und abgefeilt er-scheint mir auch der Teil „Nach der Holländerbühne“. Im Schlußspiel, zu welchem beim Kirchengang Orgellänge hinzu-treten, tritt ein prägnantes Marchenmotiv plastisch hervor. Nur die etwas langweilige Einleitung hierzu erschien mir als das Ver-spiel zum 3. Akt etwas gesucht. Die Solistin des Abends, Frau Martha Schauer-Vergmann aus Breslau sang Rezitativ und Arie der Eglantine aus „Carpantre“ und der Rezia aus „Oberon“. Von beiden Vorträgen gefiel mir der erstere am besten. In der Operette, deren dramatische Tiefe übrigens selten erschöpft wird, trat die allzufrische, harte Tonbildung trübend hervor.

Dankschreiben. Es wird beabsichtigt, in der Zeit vom 2.-18. März d. J. einschließlich für Lehrer der Mathematik und der Naturwissenschaften an der Universität Freiburg i. Br. einen Ferienkurs zu veranstalten. Meldungen wegen Teilnahme an diesem Ferienkurs sind bis zum 10. Februar d. J. durch Ver-mittlung der Direktionen und Anstaltsvorstände beim Oberstudien-rat einzureichen. — Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Frühere Studierende der Universität Freiburg sind unter dem Vor-sitz des Wirkl. Geh. Rats Dr. Bärlein zu einem Komitee zusammen-getreten, um einen Fonds zu sammeln, der bei der Eröffnung des neuen Kollegienhauses im Jahre 1911 der Universität über-reicht werden soll. Aus dem Ertrag dieses Fonds sollen Gelernte, die in Freiburg ihre Ausbildung fanden oder sie daselbst er-weitern, zur Förderung ihrer Studien und Untersuchungen Gel-debeiträge erhalten. Dabei sollen alle Fakultäten berücksichtigt werden. Die Herren Studierenden werden aufgefordert, zur Bildung dieses Fonds jährlich 5 M. in den nächsten 4 Jahren zu geben. Dem Komitee gehören u. a. der Erbitzler Rörber, die Minister v. Bodman und v. Marschall und Großhofmeister v. Trauer an.

Der 4. Internationale Esperantisten-Kongress, der dieses Jahr auf deutschen Boden abgehalten werden soll, wird nach dem Beschluß der Germania Esperantista Societa, dem Meister Dr. Jansenhof und dem Zentral-Organisations-Komitee, in Dres-den stattfinden. Vier Städte: Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. Main und Kaiserslautern rangen um die Ehre, den Kongress in ihren Mauern zu sehen; Sachsens Reichstag trug den Sieg davon. Als Spezial-Organisations-Komitee de Kongress wurden die „Noara par la Noara“, die „Vieta für den Bienen“ gewählt und zwar: Dr. Mohr-Altona, Präsident der Deutschen Esperantisten-Gesellschaft als Präsident; Dr. Saramm-Dresden, Prä-sident der Dresdener Gruppe als Vice-Präsident; Frau Prof. Dunkel-Dresden als Schriftführerin und Referendar Arnold-Dresden als Kassier. Die Namen dieser vier sind eine Gewähr dafür, daß alles daran gesetzt wird, möglichst das Gleiche zu er-reichen, was die drei anderen Kongresse in Boulogne 1906, in Genf 1906 und in Cambridge 1907 erreicht haben oder diese noch zu überreffen. Daß sie ihr Bestreben erreichen werden, ist wohl daraus zu ersehen, daß sämtliche führenden Esperantisten, dar-unter auch nie tara maestro Prof. Dr. Jansenhof selbst, der Erfinder der Sprache, mit Gemahlin sein Erscheinen zugesagt hat. Es haben bis jetzt fast 400 Esperantisten aus aller Herren Länder ihr Kommen zugesichert und es wird sich wieder ein reges Treiben entfalten in den Augusttagen in Dresden. Die Adresse des Kongress-Komitees ist: Oficina de la Germania Esperantista Societa, Marktstraße 88, Altona, von wo man alle wünschenswerten Auskünfte erhält.

Volkswirtschaft.

Die Lage des Geldmarktes.

Der knappe Geldbestand, der während des letzten Jahres wie ein Alp auf jedem finanziellen Unternehmen lag, macht allmählich wieder einigermaßen stabileren Verhältnissen Platz. Und es war höchste Zeit dazu, denn viele angelegene, reelle Existenzen mühten im Kampfe mit der Geldknappheit unterliegen oder ganz empfindliche Einbußen erleiden. Wenn sich nun die finanziellen Verhältnisse günstiger gestaltet haben, so ist das im Interesse der wirtschaftlichen Hebung des Reiches nur zu begrüßen. Aller-dings optimistischen Anschauungen darf man sich nicht hingeben, denn ein Blick auf den gestrigen Reichsbankausweis genügt, um erkennen zu lassen, daß der Geldmarkt sich immer noch nicht in den Bahnen bewegt, wie erwünscht wäre. Die Lombard-barleihen sind gegen die Vorwoche ganz horrenst ge-stiegen (s. gestriges Abendbl.), ein Beweis, daß Geld immer noch der gesuchteste Artikel ist.

Die zu Beginn dieses Jahres begebenen badischen und preu-ßischen Staatsanleihen sind allerdings hart überzeichnet worden. Es war dies bei der Qualität der Papiere ja fast vorzuziehen, denn sie bilden für jeden Kapitalisten nicht nur eine gute, sondern auch sichere Anlage. Und auf dieses wird heutzutage der Hauptwert gelegt.

Den neuesten Nachrichten zufolge will Rußland es wieder mit einer ausländischen Anleihe versuchen, um seinen schwachen Finanzen wieder aufzuhelfen. Zu diesem Zwecke ist bereits vor einigen Tagen der Vertreter eines hervorragenden Berliner Bankhauses beauftragt worden, mit dem russischen Finanzminister nach Petersburg abgereist. Welches Resultat die Besprechung haben und auf wie viel Millionen sich die Anleihe belaufen wird, darüber ist bis zur Stunde noch nichts verlautbar geworden. Daß Rußland seine Anleihe am liebsten in Deutschland untergebracht hätte, ist ohne allen Zweifel. Der deutsche Kapitalist wird es sich jedoch wohl zweimal überlegen, bevor er diese Anleihe unter-stützt. Denn erstens sind die unsicheren russischen Verhältnisse nicht allzu verlockend und zweitens kommen Nachrichten über eine, diesen Sommer zu erwartende große Hungersnot in Zentral- und Europäisch-Rußland, da in diesen Gegenden infolge des trockenen Herbstes keine Sommerernte erzielt werden konnte. Die Aussichten für eine evtl. Begebung einer russischen Anleihe sind also nicht die rosigsten.

Was unsere heimische Industrie anbelangt, so verlor den Klagen über einen Rückgang größerer Bestellungen. Dieses führt natürlich zu Verkürzungen der Arbeitszeit oder Arbeitsentlohnungen. Die Aussichten auf Besserung sind trübe. Die von Seiten der Arbeitnehmer geplanten Streiks haben jedoch, wenn sie bei der gegenwärtigen Konjunktur überhaupt ingeniert werden sollten, schon vorweg schlechte Aussicht auf ihre Durch-führung.

Die Emil Seelig A.-G. in Heilbronn a. N. bringt nunmehr eine Zusammenlegung von Aktien und die Ausgabe von Gewinnscheinen in Vorschlag.

Verband der Fabrik-Detailgeschäfte von Rheinland und Westfalen e. V. Unter dieser Bezeichnung ist vor kurzem in Düsseldorf ein Verein begründet worden. Es sind 110 Detailgeschäfte angeschlossen. Die Zahl beweist, daß auch in diesen Geschäftskreisen ein Zusammenstoß als unbedingte Notwendigkeit empfunden wird. Der neue Verband unterhält lt. „Allg. Ztg.“ eine Interessengemeinschaft mit dem Verband deutscher Detail-Geschäfte der Textilbranche (Stb. Hamburg).

Die Aktien-Bierbrauerei in Oden a. b. N. schlägt die Erhöhung des Grundkapitals um M. 500 000 auf M. 2 Millionen vor.

Rheinberger Holzindustrie A.-G. Die gestrige Aufsichtsrats-sitzung beschloß, der am 12. März stattfindenden Generalversammlung bei Beschlüssen, die größer als im Vorjahr bemessen wurden, die Verteilung eines Dividende von 6 Prozent (in i. V.) vorzuschlagen.

Neue Bremer Staatsanleihe. Die M. 15 Millionen Bremer 4-proz. Staatsanleihe wurde zum Kurse von 96,04 Proz. an das Konfession Deutsche Nationalbank, Deutsche Bank und Wende-lsohn u. Co. gegeben.

Die Oppelner Portland-Zement-Fabriken vorm. Grundmann berichten, daß unter der Vertierung der Herstellungslohen und Löhne, sowie unter dem Mangel an Arbeitskräften die Beförderung der Verkaufspreise verloren ging. Nach M. 10 000 Prosehrück-stellung und M. 281 366 (i. V. 281 261) Rückstellungen auf die Anlagen werden um M. 452 612 (M. 484 772) Reingewinn wieder 14 Prozent (wie i. V.) Dividende vorgeschlagen. Im neuen Jahre ließe die Menge der Geschäftsbestände derjenigen aus der gleichen Vorjahreszeit nicht nach; auch die Preise seien weiter aufgehoben, aber ein Gesamturteil sei wegen der unklaren Wirtschaftslage nicht möglich.

Konfirma Nicolas u. Co., Neuenburg. Die Forderung dieser Firma nach lt. „R. Z. Ztg.“ nun aus von neuemorganischen Glä-ttern befreit. Die „Zeitschrift Liberale“ teilt mit, daß die Bureau aus der Bank am Samstag morgen geschlossen wurden. Die Pas-siven, die schädigendste und unter allem Vorbehalt mit ungefähr 1 Million Franken angegeben werden, sind nach dem Werte herabzusetzen. Dieser Verluste nach nicht darüber, ob auch Spar-kassengelder verloren gingen und somit kleinere Leute zu Schaden kommen.

Kraftfahrzeug-Aktiengesellschaft in Berlin-Charlottenburg. In der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung teilte der Vorstand u. a. mit, daß der Verkauf neuer Fahrzeuge bei der Gesellschaft unterhalten doch u. Co. m. b. H. auch in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres zu wünschen gelassen habe, was aus-schließlich auf die allgemeine Weltmarktlage zurückzuführen sei. Seitdem eine Ermäßigung des Bankdiskonts eingetreten sei, mache sich eine gewisse Belebung geltend, und es sei anzunehmen, daß mit einem stüßigeren Bestände der Verkaufstätigkeit zunehmen werde. Die Versammlung gab u. a. die am 26. Januar 1907 beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals um höchstens 800 000 M. auf, da die Beteiligung bei der Süddeutschen Automobilgesellschaft in Goggenau nicht ausgeführt worden ist. Infolgedessen ist Bankdirektor Dr. Gruent-Ramstein (Reichliche Creditbank) aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft ausgeschieden.

Maschinenfabrik Wechter-Vertmann A.-G., Sibir. Unter dieser Firma hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet, welche die bis-her unter der Firma A. Wechter-Leuginger (Kommandit-Gesell-schaft) Sibirisch-Asiatische betriebene Fabrik für Wäscherei-Maschinen und das unter der Firma Richard Vertmann u. Co. (Kollektiv-gesellschaft) Sibirisch betriebene Sozialschiff für moderne Küchen-anlagen übernommen hat, um diese beiden Geschäftszweige gemein-sam weiter zu betreiben. Das Aktienkapital beträgt 700 000 Fr., eingeteilt in 200 auf den Inhaber lautende Prioritäts-Aktien zu 300 Fr. und 500 auf den Inhaber lautende Stammaktien zu 300 Fr.

Die Hamburg-Amerika Linie lege die Rate für Seegüter nach Afrika auf nur M. 5 im Konkurrenzkampf gegen eine kleine Hiesigerer Reederei fest.

Neuzeit vom Disidenmarkt. Holzkornfabrik Wechter. Wechter, 14 Prozent (15 Proz.) — Mechanische Weberei am Rühl-bach Hiesiger-Neuburg 25 Prozent (25,5 Proz.) — Borgellon-fabrik Rabia 25 Prozent (25 Proz.) — Gladbacher Weberei und Weberei 9 Proz. (6 Proz.) — Rheinische Spiegelglasfabrik A.-G., Schamp, 16 Proz. (wie i. V.) — Altkönigsberger Porzellan 7 Proz. (wie i. V.) — Depositionsbank Zürich 5 Prozent. — Schuhfabrik Frauenfeld 9 Proz. (8 Proz.) — Oldenburgische Glasfabrik A.-G. 9 Prozent (wie i. V.) — Spilberder Bergbau-Berlin 12 Prozent (wie i. V.) — Zellulosefabrik Feldmühle, Breslau, 12 Prozent (wie i. V.).

Dem Realnihilist. Am 6. d. Mts. findet nach der „Allg. Ztg.“ eine Aufsichtsrats-sitzung des Realnihilisten statt. Es sei wahr-scheinlich, daß hierbei auch die der Gewerkschaft Verbuch unter-breitete Offerte auf Verkauf eines Teiles ihres Realbesitzes und die Stellungnahme des Realnihilisten hierzu erörtert wird. Wie neuerdings verlautet, bestehe in den Verwaltungskreisen der Ge-werkschaft Verbuch die Absicht, einige Mitglieder des auf die Real-selber reflektierenden Konfession in den Vorstand der Gewerkschaft Verbuch zu wählen.

Preisermäßigung für englisches Hämatit-Rohisen. Aus Rußland wird gemeldet: Nachdem erst im Januar der Preis für englisches Hämatit um 3 M. unter den deutschen Preis gesenkt wurde, wird es gegenwärtig um 5 M. billiger als deutsches Hä-matit, also zu 78 M. pro Tonne frei Rußland gegen 83 M. frei Oberhausen angeboten.

Die Oesterreich-Ungarische Bank ermäßigt ab heute den Dis-kont auf 4 1/2 Prozent, den Lombard-Zinssatz auf 5 Prozent.

Von der amerikanischen Krise. Aus New York wird wieder eine neue Forderung gemeldet. Die Detroit-Toledo-Tronten Railway ist in Konkurs geraten. Das Kapital beträgt 25 000 000 Dollars. Die Pensionsschuld beläuft sich ebenfalls auf 25 000 000 Dollars. Die Verwaltung erklärt lt. „Allg. Ztg.“, die unglückliche Konjunktur-gebung sei die Ursache dafür, daß sie die Zinsen nicht hätte bezahlen können.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse. Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie. Schluß-Kurse. Reichsbank-Diskont 6 1/2 Prozent. Wechsel. Amsterdam kurz 169.41 169.4, Paris kurz 81.40 81.40, London kurz 81.25 81.25, etc.

Aktien industrieller Unternehmen. Bad. Anilin- und Sulfonfabrik 127.75 127.75, Bad. Maschinenfabrik 17.00 17.00, etc.

Bankbrüche, Prioritäts-Obligationen. 100 Fr. Pfd. 97.00 97.50, 100 Fr. Pfd. 97.50 97.75, etc.

Bergwerks-Aktien. Bochumer Bergbau 199 69 201.50, Fabrik 116 50 118.50, Concordia Bergw. 324 - 324.00, etc.

Bank- und Versicherungs-Aktien. Badische Bank 138. - 138.50, Berg u. Metallb. 126.50 129.10, etc.

Frankfurt a. M., 4. Februar. Kreditaktien 204.90, Staatsbahn 143.50, Lombarden 26.25, etc.

Mannheimer Effektenbörse

Bei mäßig belebtem Verkehr notierten heute: Badische Bank-Aktien 138.50, etc.

Obligationsen. Pfandbriefe. 4% Hyp. v. 1902 97.20, etc.

Industrie-Obligationsen. 4% Hyp. v. 1902 97.20, etc.

Aktien. Banken. Badische Bank 138.50, etc.

Londoner Effektenbörse.

London, 4. Febr. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse. 4% Reichsanleihe 82 1/2, etc.

Liverpool, 4. Februar. Anfangskurse. Weizen per 100 lb 7.4 1/2, etc.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 4. Februar. (Schlusskurse.) Aktien. 4% Reichsanleihe 82 1/2, etc.

Privatdiskont 4 1/2%. W. Berlin, 4. Februar. (Telegr.) Weizen, etc.

Pariser Börse. Paris, 4. Februar. Aktienkurse. 3% Rente 96.77, etc.

Berliner Produktenbörse. Berlin, 4. Februar. (Telegramm.) Weizen, etc.

Kolonialwerte. (Bericht von Magnus u. Friedmann, Sonderabteilung: Kolonialkomitee, Hamburg.)

In der abgelaufenen Woche trat für die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, da die Verkäufe von Harmland...

Telegraphische Handelsberichte. Die Getreidefirma Wandhof u. Hoff in Düsseldorf...

Die königliche Vereinsbank bringt 7 Prozent Dividende gegen 3 1/2 Prozent im Vorjahre in Vorschlag. Der Aufsichtsrat der Gruben Berliner Straßenbahn beschloß...

Berlin, 4. Febr. Der Verband deutscher Spiritus- und Spirituoseninteressenten und der Reichsverband deutscher Gastwirtevereine...

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637-4. Februar 1908.

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt. Brutto Käufer, Netto Käufer. Liste von Unternehmen und Werten.

Verantwortlich: Für Inhalt: Dr. Fritz Goldenbaum; für Anst. Beilagen und Vermischtes: Alfred Beelchen; für Lokales, Provinzial- u. Gerichtszeitung: Rich. Schindler; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Apfel...

Kirchlich positive Vereinigung. Mittwoch, den 5. Februar d. J., abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Evang. Hospizes, U 3, 23.

Monats-Versammlung mit Vortrag des Herrn Distrikts-Präsidenten aus Basel. Die Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

Moderne Sprachen. wie französisch, englisch, deutsch, italienisch u. spanisch; Handelskorrespondenz und Konversation...

Leistungsfähige Spezialfabrik in Elektro-Kleinmotoren und Ventilatoren sucht für den hiesigen Platz und Umgebung tüchtigen, bestens eingeführten Vertreter.

Haasenstein & Vogler A.G. Annoncen-Anstalt für alle Leistungen u. Zeitungsanzeigen der Welt.

Große Versicherungsgesellschaft sucht einen Oberinspektor für Organisation, Acquisition und Einberufung von Agenten...





